

Bundesrat auf dem Holzweg

Unerwünschte Sozialcharta

msc. · Schweizerisches Recht ist mit der Europäischen Sozialcharta nicht kompatibel. Dies wurde im Laufe der Jahre immer wieder festgestellt. Auch ein weiterer Bericht des Bundesrats ändert daran nichts. Die Schweiz hat sich bisher an den Grundsatz gehalten, internationale Abkommen nur dann zu ratifizieren, wenn Schweizer Recht dadurch nicht tangiert wird. Demnach wäre zuerst das Landesrecht zu revidieren. Nun schlägt der Bundesrat, der die Charta schon immer ratifizieren wollte, einen eigentümlichen Weg vor, der gar nicht bisheriger Praxis entsprechen will. So soll die Schweiz die Kompatibilität nicht selber beurteilen, sondern man möchte die Ansichten des Europäischen Ausschusses für soziale Rechte einholen und anschliessend die Schweizer Gesetze ändern. Was an den Analysen des Ausschusses besser sein soll, bleibt unklar. Klar indes ist, dass sich die Schweiz nicht den Interpretationen dieses Kontrollorgans ausliefern darf.

Auffallend bleibt, dass der Bundesrat die bestehenden Differenzen herunterspielt. Für das System der dualen Berufsbildung hätte die Ratifizierung gravierende Folgen. Der Lehrlingslohn ist in der Schweiz ein Ausbildungslohn. Unser Land fährt damit viel besser als die meisten, ja vielleicht sogar alle anderen europäischen Länder, die sich zwar sozial nennen, ihre Jugendlichen aber teilweise schlecht ausbilden und sie dann in einen Arbeitsmarkt schicken, der ihnen kein Angebot machen kann.

Die Pläne des Bundesrats müssen zudem als Angriff auf das flexible Kündigungsrecht angesehen werden. Es ist einmal mehr in Erinnerung zu rufen, dass das mehrheitlich liberal gestaltete Arbeitsrecht zu einer guten Sozialpartnerschaft, zu unternehmerischer Wettbewerbsfähigkeit und damit zu einer niedrigen Arbeitslosigkeit beiträgt, also letztlich sozialpolitisch willkommene Folgen hat. Die Sozialcharta postuliert sozialen Fortschritt, brächte für die Schweiz aber Rückschritte. Eine Ratifikation ist deshalb, und auch mit Blick auf die Reformbedürftigkeit des Sozialstaats, gänzlich unerwünscht.